



Wochenrundschau

Wildbad, 2. Februar 1935.

Der zweite Jahrestag der Machtübernahme Adolf Hitlers stand im Zeichen der Arbeit und des Gemeinshaftswillens, verkörpert in der 23 Millionen-Aktion des Winterhilfswerks und in den vier Gesetzen, die die Reichsregierung vorlegte. In seinem Aufruf an das deutsche Volk gibt der Führer und Reichskanzler einen Rückblick von hoher staatspolitischer Warte aus über das in zwei Jahren Erreichte und stellt fest, daß in der Hälfte des Vierjahresprogramms mehr als zwei Drittel des Versprochenen eingelöst wurde. Wiederum zeichnet er das Ziel der nationalsozialistischen Regierungspolitik: ein Deutschland der Ehre, der Freiheit und des sozialen Glücks. Die Rückkehr der Deutschen des Saarlandes in eine Volksgemeinschaft wird besonders in dem Aufruf begrüßt, zumal der Neuaufbau des Staates nun erst recht einsetzt. Die beiden Gesetze über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes und seine Vertretung im Reichstag verankern den Sieg vom 13. Januar.

Das neue Reichsstatthaltergesetz und die Deutsche Gemeindeordnung sind mächtige Bausteine zur vollen Reichseinheit und deshalb von historischer Bedeutung. Die Ueberleitung zum reinen Einheitsstaat ist in vollem Zuge. Die Reichsstatthalter werden zur „Reichsmittelinstanz“ als Reichsorgan zwischen der Reichszentrale und der Kreisinstanz, als die der Amtsbezirk des Reichsstatthalters anzusehen ist. Die deutschen Länder haben keine selbständigen Regierungsorgane mehr. Im Paragraph 2 des Gesetzes ist zum ersten Mal der Begriff des „Amtsbezirks“ eingeführt. Welchen Umfang der Amtsbezirk eines Reichsstatthalters hat, wird sich nach der Neueinteilung des Reiches in Gaue zu richten haben. Durch die Bestimmung, daß der Führer den Amtsbezirk festlegen soll, ist hinsichtlich der Abgrenzung dieser Bezirke größte Bewegungskraft geschaffen. Es ist damit ausdrücklich gesagt, daß sich die Amtsbezirke der Reichsstatthalter in keiner Weise mit den bisherigen Ländergrenzen decken müssen. Für Preußen besteht die Sonderregelung fort, daß als Statthalter der Reichskanzler festgelegt ist, der seine Rechte dem preussischen Ministerpräsidenten Göring übertragen hat. Zwölf Männer sind es, die im Reich nun die außerordentliche Macht in Händen haben. In Preußen Hermann Göring, in Bayern Franz Ritter von Epp, in Württemberg Wilhelm Murr, in Sachsen Martin Mutschmann, in Baden Robert Wagner, in Thüringen Fritz Sauckel, in Hessen Jakob Sprenger, für Braunschweig-Anhalt Wilhelm Döpper, für Mecklenburg und Lübeck Friedrich Hildebrand, für Hamburg Karl Rajmann, für Lippe und Schaumburg-Lippe Dr. Alfred Meyer. Diese Männer sind die Treuhänder Adolf Hitlers.

Die Deutsche Gemeindeordnung beseitigt die früheren parlamentarischen Einrichtungen, unterstreicht die Selbstverwaltung nach dem Führerprinzip unter Mitwirkung der Bürger. Der Gemeinderat in der neuen Fassung unterscheidet sich von den bisherigen Gemeindevertretungen grundsätzlich dadurch, daß er nicht mehr eine Kontrolle der Verwaltung ausübt. Er vertritt mit dem Gemeindeführer die Gemeinde nach außen. Die NSDAP. in Verbindung mit den staatlichen Organen bestimmt die Gemeindeführer. Bei ihrer Berufung ist die Struktur der Gemeinde zu berücksichtigen, damit sich im Gesamtgemeinderat ein Spiegelbild des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zeigt. Das Gesetz knüpft in der Einleitung an den Reichstagsreihern vom Stein an, der nach Preußens Zusammenbruch bei Jena in kurzer Zeit das Reformwerk schuf mit der Bauernbefreiung, mit Errichtung der Verwaltungseinheit und Städteordnung. Er gilt als Schöpfer gemeindlicher Selbstverwaltung. Nicht der Gedanke der Menschenrechte, sondern der der Bürgerpflichten beherrschte sein Werk. Diese politischen Grundzüge sind in der neuen Gemeindeordnung mit dem modernen Zeitgedanken in Einklang gebracht worden.

Wir stehen in der Mitte des Weges. Vier Jahre hat sich Adolf Hitler ausbedungen, zwei Jahre steht er an der Spitze der Reichsgeschäfte. Der Tag, da Hindenburg und Hitler zusammenkamen, ist des sich erneuernden Deutschlands segensreichster Tag geworden. Beruhigt durfte Hindenburg die Augen schließen, die glücklichen Augen, die den ersten Baumeister des Reiches am Werke gesehen hatten und denen es beschieden war, auch den zweiten zu finden, der vollenden sollte, was der erste begonnen hatte. In der Mitte des Weges haben wir die Hoffnung, daß in vier Jahren gelingen wird, worum ein ganzes Jahrtausend deutscher Geschichte vergeblich gerungen hat. Die Erfolge der ersten zwei Jahre in der staatlichen und volklichen Neugestaltung sind so groß, daß der Enderfolg schon abzulesen ist.

Tagespiegel.

Der englische Lord Lothian berichtet in der „Times“ über die Friedenspolitik des Führers und macht den Vorschlag eines zehn Jahre währenden europäischen Friedens.

Der polnische Außenminister Bed gab im Sejm-Ausschuss Erklärungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen und zum Ostpakt.

Auf der Londoner Konferenz wurde am Freitag zwischen den französischen und englischen Staatsmännern das Gebiet der Abrüstungs- und Sicherheitsfragen behandelt.

Ein schweres Flugzeugunglück der deutsch-russischen Luftverkehrsgesellschaft bei Stettin forderte 11 Tote.

Der Brotpreis bleibt unverändert, neue Maßlöhne und Hilfsmahnahmen für besondere Bezirke werden angekündigt.

Der Arbeitsdienst für die Landjugend wurde geregelt. Alle Bauernlöhne sollen durch die Schule des Arbeitsdienstes gehen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt ist nun endgültig von seinem Amt zurückgetreten. Als von Heidelberg gebürtig und als Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-AG. ist er im deutschen Süden in führenden Wirtschaftskreisen in den Jahren 1921 bis 1930 bekannt geworden. Nach dem Rücktritt Hugenberg ernannte ihn der Führer im Juni 1933 zum Reichswirtschaftsminister. Dr. Schmitt nahm jedoch im April 1934 aus Gesundheitsrücksichten Urlaub. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird die Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums wie bisher weiterführen.

Die Außenpolitik dieser Woche und namentlich der kommenden, wird ihren Inhalt durch die Zusammenkunft in London bekommen. Der französische Ministerpräsident Lalande und sein Außenminister Laval sind nach London gefahren, um die wichtigsten europäischen Fragen zu besprechen. Umfangreiche Vorverhandlungen haben sowohl in Paris wie in London stattgefunden. Es geht dabei um die alte französische Sicherheitsforderung, um die Rüstungseinschränkung und die deutsche Gleichberechtigung. Wenn man den neuesten Nachrichten glauben darf, so ist bereits eine Einigungsformel gefunden, aber es ist noch nicht ganz klar, wie die sich widersprechenden Anschauungen und Forderungen auf einen Kenner gebracht werden. Deutschlands Gleichberechtigung soll im Rahmen eines allgemeinen Abkommens zur Rüstungsbeschränkung im Augenblick des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund erteilt werden. So etwa ist der englische Plan. Die Franzosen mit ihrer Paktomanie und ihrem Sicherheitsdrang stellen weitgehendere Forderungen. Für Deutschland kann es keine Vorbedingungen für Anerkennung der Gleichberechtigung geben. Der Führer hat erst kürzlich sich klar darüber in verschiedenen Unterredungen ausgesprochen.

Vor dem Bundesratkongress in Moskau wurde offen dargelegt, wie die Sowjetunion aufrüstet, die die Rote Armee von 600 000 Mann auf 940 000 Mann verstärkte, wie sie ihre Waffenbestände in allen Gattungen um das Vielfache steigerte. Von Japan sind zwar friedliche Töne der führenden Männer erklingen, aber die Sicherung Japans nach allen Seiten geht fort, seine Absichten in China sind noch undurchsichtig. Der englische Botschafter in Tokio hat von der japanischen Regierung Auffklärung über die neue Entwicklung in Ostasien verlangt, zumal im Augenblick japanische und mandchurische Truppen in die chinesische Provinz Tschahar eindringen. Ueberdies ist Japan im Begriff mit der chinesischen Zentralregierung in Nanking weitgehende Verhandlungen über eine enge Zusammenarbeit zwischen Japan, China und Mandchukuo anzuknüpfen. Die Aufrüstung der japanischen Vorherrschaft in Ostasien ist also auf dem besten Wege, wenn auch eine Verständigung Japans mit Rußland über die ostchinesische Bahn erreicht ist. Im Fernen Osten wird es eines Tages Dinge geben, die Europa angehen, jenes Europa, das den Weg zur Entladung der eigenen Atmosphäre nicht zu finden vermag. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Stellungnahme des Senats über den Beitritt zum internationalen Gerichtshof im Haag Aufsehen erregt. Die Gesetzesvorlage wurde abgelehnt, da die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Das geschah, obwohl Präsident Roosevelt in beiden Häusern über eine Mehrheit verfügt. Durch die Entscheidung ist zum Ausdruck gebracht, daß die Ver-

einigten Staaten unter allen Umständen an der traditionellen Politik der Nichtmischung in europäische Angelegenheiten festhalten wollen.

Die Befriedung Europas

Ein neuer Artikel Lord Lothians

London, 1. Febr. Lord Lothian veröffentlicht in der „Times“ seinen angekündigten Artikel über die Lage Europas und über die Mittel, zu einer Entspannung der Atmosphäre kommen zu können. Wie in seinem ersten Artikel, ist Lord Lothian ernsthaft bemüht, der besonderen außenpolitischen Lage Deutschlands ohne Vorurteile gerecht zu werden. Um aber kein schiefes Bild entstehen zu lassen, muß auch erwähnt werden, daß seine Betrachtungsweise der Zwangsläufigkeit der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland nicht in demselben Maße gerecht wird. Denn nur so läßt es sich erklären, wenn er beiläufig von einem „harten und despotischen“ Regiment in Deutschland spricht, und wenn er die Einbeziehung Deutschlands in den Kreis der europäischen Zusammenarbeit damit besonders zu empfehlen glaubt, daß er der Hoffnung Ausdruck gibt, sie werde eines Tages Deutschland wieder demokratischen und liberalen Ideen zugänglich machen.

Zu Beginn seines Artikels weist der Verfasser auf die Gefahr hin, die aus einem Streben Deutschlands nach Herstellung der Gleichheit durch Vergrößerung seiner Kampfmittel und von einem Streben Frankreichs nach Bildung einer deutsch-feindlichen Koalition drohe.

Diese Bewegung habe bereits begonnen. Bei der Frage nach einem Ausweg aus der drohenden Kriegsgefahr bezeichnet der Verfasser als Kern die Tatsache, daß Deutschland keinen Krieg erwünsche und bereit sei, auf den Krieg als Mittel zur Regelung seiner Streitigkeiten mit seinen Nachbarn unbedingt zu verzichten, falls es wirkliche Gleichheit erhalte. Die Frage, warum ein neuer Pakt mehr Wert haben sollte, als die in den letzten 15 Jahren abgeschlossenen 200 Pakte, beantwortet Lord Lothian damit: Meiner Ansicht nach sprechen dafür zwei Gründe: vor allem ist es die unabweisbare Erklärung des Reichskanzlers Hitler selbst, des unbestreitbaren Führers des heutigen Deutschland. Er hat mir nachdrücklich gesagt, daß Deutschland die Gleichheit und nicht den Krieg erwünsche, daß es unbedingt bereit sei, auf den Krieg zu verzichten. Hitler geht sogar noch weiter. Er sagt, er werde Nichtangriffspakte mit allen Nachbarn Deutschlands unterzeichnen, um die Aufrichtigkeit seines Friedenswunsches zu beweisen. Hinsichtlich der Rüstungen Deutschlands verlange er nichts weiter als „Gleichheit“. Er werde auch eine internationale Unternehmung annehmen, falls jeder andere sie auch annehme.

Ich habe, so schreibt Lord Lothian weiter, nicht den leisesten Zweifel, daß diese Haltung Hitlers vollkommen aufrichtig ist. Hitler-Deutschland wünscht keinen Krieg, Hitler wünscht ihn nicht, und zwar aus folgenden Gründen:

Hitler ist zwar kein Pazifist, aber er weiß, was Krieg bedeutet; Hitler kann seine Pläne für die Ausbildung und Disziplinierung und Einigung der jungen Generation nur im Frieden ausführen. Es wird sogar von dem engsten und nationalsozialistischsten Gesichtspunkt aus betrachtet sieben oder acht Jahre dauern, bis die volle Leistungsfähigkeit des deutschen Heeres wieder hergestellt ist; Deutschland hat zehn Jahre inneren, finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau vor sich, wenn es sich erholen soll, ferner würde ein Krieg bestimmt in einer Befestigung des Nationalsozialismus durch den Kommunismus enden. Auch wünscht Deutschland keinen Krieg wegen der Dinge, in denen ihm die noch vorhandenen Bestimmungen des Versailler Vertrages am ersten mißfallen. Der Verfasser sagt dann, da weder Sowjetrußland, noch Frankreich, noch Italien, noch eine andere Macht in Europa Krieg wünschen, sei einer Grundvoraussetzung für eine politische und eine Rüstungsregelung gegeben, die den Frieden Europas für mindestens zehn Jahre sichern und die Gefahr eines Vertrauens beseitigen würde.

Die Entscheidung darüber, ob es zehn Jahre Frieden und eine Wiederherstellung des internationalen Handels geben würde, hänge von der britischen Regierung ab, der einzigen Macht, zu deren Unparteilichkeit heute ganz Europa Vertrauen habe. Die so oft in der Vergangenheit angewandten Methoden der Nachbarn Deutschlands, irgend etwas zu vereinbaren und es Deutschland vorzulegen in dem Gedanken, daß eine Ablehnung die bösen Absichten Deutschlands beweisen und eine Annahme ihn wieder die etwas gelockerte Zwangsjacke von Versailles anziehen würde, sei nicht mehr anwendbar. Deutschland habe diesem System einfach ein Ende gemacht. Dies sei die Methode des „Diktates“ von Versailles. Diese Methode sei in hohem Maße das, was Deutschland unter „Ungleichheit“ verstehe. Gleichheit bedeute, daß Deutschland von Anfang an an der Erörterung über die künftige Stabilisierung Europas auf gleichem Fuße teilnehme.

Eine wirkliche Vereinbarung unter Teilnahme Deutschlands, derzufolge es in Europa während einer bestimmten Periode keinen Krieg und keine Gewaltanwendung geben sollte, würde, verbunden mit der Ablösung des Teiles 5 des Versailler Vertrages durch eine Vereinbarung über Rüstungsgleichheit, vielmehr für den Frieden und das Gleichgewicht Europas tun als alle neuen Pakte gegenseitigen Verständes, die gegenseitig mißtrauliche Nationen unterzeichnen. Auch werde nicht allgemein begriffen, daß Deutschland nicht imperialistisch im alten Sinne des Wortes sei, wie das falsche Italien. Gerade keine Hinabe an den

Kassengedanken verhindern es, sich andere Nationalitäten einzuschließen. Der Nationalsozialismus erkenne das Selbstbestimmungsrecht der anderen Nationalitäten Europas an, auch wenn er wegen gewisser Grenzen unzufrieden sei.

Lord Rotherham führte am Schluß seines Artikels aus: Laßt uns versuchen, Deutschland auf zehn Jahre zu stabilisieren. Laßt uns versuchen, seine verunsicherten Fragen durch friedliche Methoden auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Sicherheit während dieser Zeit zu lösen. Gegen Ende dieser Zeit können wir erwägen, welche neuen Bürgerpflichten für die Sicherheit erforderlich sein mögen. Wenn wir dieses tun können, dann wage ich die Absicht zu äußern, daß wir bald Deutschland wieder im Völkerbund sehen werden, besonders wenn wir seine Haltung vom Versailler Vertrag trennen können. Die einzige Endlösung dieses Problems ist die Völkerbundmethode. Aber der Gedanke einer europäischen Gemeinschaft wird niemals aus dem Versuch entspringen, Deutschland in einen Völkerbund zu zwingen, den es als ein Instrument für seine eigene Unterwerfung betrachtet. Der Gedanke wird vielmehr daraus Gestalt annehmen, daß man Deutschland hilft, auch über Europa und nicht nur über sich selbst und sein eigenes Mißgeschick nachzudenken und daß man den Artikel 19 mindestens so stark verwirklicht wie Artikel 16. Wir werden die Stabilität und Sicherheit nur ausdehnen und die Gefahr eines Rüstungswettrennens nur beseitigen, wenn wir die Möglichkeit unter Beweis stellen, daß durch friedliche Mittel die Ungerechtigkeit beseitigt und Schwierigkeiten gelöst werden können. Dies wird dann in der Folge den Weg für ein Maß wirklicher Abrüstung ebnen. Das ist die britische Auffassung vom Völkerbund. Es ist ein Teil der Aufgabe Englands, auch Deutschland schrittweise für sie zu gewinnen.

Eröffnung der Verhandlungen

London, 1. Febr. Die englisch-französischen Verhandlungen wurden am Freitag vormittag um 11.30 Uhr MEZ. im Hause des englischen Ministerpräsidenten eröffnet. Kurz vor 11.30 Uhr trat der Lordsegelebewahrer Eben als erster englischer Unterhändler am Ort der Verhandlungen ein. Bald darauf folgten der Außenminister Sir John Simon und der Lordkanzler Baldwin. Als Flandin und Caval dem mit den französischen Farben geschmückten Wagen entstieg, wurden sie von einem Heer von Kameraleuten umringt. Den französischen Ministern folgten die vier Sachverständigen Vöger, Massigli, Koel und Roussel le Roy. In der ersten Sitzung, die sich bis in die Mittagsstunden hinzog, wurde, wie verlautet, das gesamte Gebiet der Abrüstungs- und Sicherheitsfragen nach allen Richtungen hin geprüft.

London, 1. Febr. Die politischen Unterhaltungen der Minister wurden, wie verlautet, während des Frühstückes bei Baldwin in freundschaftlicher Weise fortgesetzt. Anschließend ging man wieder zu den eigentlichen Verhandlungen im Kabinettsraum über. Caval hat den Wunsch ausgedrückt, am Sonntag morgen nach Paris zurückzukehren. Es wird daher angenommen, daß die Verhandlungen bis dahin abgeschlossen sein werden.

Nach einem Bericht der Press of Sociation wurde in englischen Kreisen ein gewisser Optimismus über die Besprechungen an den Tag gelegt. Man nimmt jedoch nicht an, daß die Erörterungen an Ort und Stelle zu greifbaren Ergebnissen führen. Man nimmt an, daß die britischen Minister bei den Franzosen auf eine neue Annäherung gegenüber der deutschen Regierung dringen. Dies könnte sich in der Richtung bewegen, daß Deutschlands Forderungen auf Gleichberechtigung und das französische Verlangen nach Sicherheitsbürgschaften von Seiten Deutschlands gleichzeitig vertraglich vereinbart werden könnten. Bis jetzt hatte Frankreich darauf bestanden, daß Deutschlands Rückkehr nach Genf zuerst erfolgen müsse. In der englischen Abendpresse findet die Stellungnahme der deutschen Blätter zu den Londoner Besprechungen sehr starke Beachtung. Man sieht Überschriften wie z. B. „Deutschland besteht auf seinem Standpunkt“.

Die Londoner Verhandlungen

Vermutungen der Presse

Die vielen Sonderberichterstatter, die mit Flandin und Caval die Reise nach London angetreten haben, berichten übereinstimmend, es sei verträglich, von einer bereits gefundenen französisch-englischen Verständigungsgrundlage zu sprechen. Ministerpräsident Flandin habe bei seiner Ankunft in London ausdrücklich betont, daß lediglich der Versuch einer Verständigung im Vordergrund stehen solle.

Trotz der großen Erwartungen, die die Pariser politischen Kreise auf die Londoner Besprechungen setzen, machen einige Blätter keinen Hehl daraus, daß positive Ergebnisse nur sehr schwer zu erzielen sein werden, da zwischen der englischen und der französischen Auffassung trotz aller gegenteiligen Behauptungen eine Kluft bestehe.

In einer von Reuters veröffentlichten politischen Rundschau heißt es, auf britischer Seite werde die „Aufrüstung“ Deutschlands zwar nicht gebilligt, aber als vollendete Tatsache hingenommen, der gegenübergetreten werden müsse. Die britische Abneigung gegen weitere Verpflichtungen auf dem europäischen Festlande sei schon beinahe eine dauernde Ueberlieferung geworden. Aber in diesem Punkte seien die Franzosen anscheinend in einer ziemlich starken Stellung.

Nach einer Pariser Reuters-Meldung wird in französischen diplomatischen Kreisen die Atmosphäre als „entschieden günstig“ betrachtet. Die Lösung der Presse scheint zu sein, daß man Großbritannien jetzt Vertrauen schenken solle. Andererseits werde wegen der Kürze der Londoner Besprechungen vor übertriebenen Erwartungen gewarnt.

Eine Reuters-Meldung aus Rom besagt im Zusammenhang mit der Unterredung zwischen Mussolini und dem deutschen Botschafter, Mussolini wünsche, daß bei Betrachtung des Falles von Rom kein zu großer Nachdruck auf die Frage des Schutzes Österreichs gelegt werde. In der Abrüstungsfrage habe er keine Ansicht wiederholt, daß Deutschland Gleichberechtigung erhalten solle.

Portugiesischer Journalist beim Führer

Lissabon, 1. Febr. Die große portugiesische Tageszeitung „Diário de Notícias“ veröffentlicht die Unterredung, die der Führer und Reichskanzler dem Redakteur dieser Zeitung, Armando Boaventura, gewährt hat. Die Ueberschrift lautet: „Die Saarabstimmung ist mehr als ein Sieg Deutschlands.“ — „Sieg des Friedens in Europa.“

Boaventura, der schon einige Wochen in Deutschland weilte und schon eine Anzahl sehr günstiger Artikel veröffentlicht hat, gibt seinen Landsleute Auskunft über die tatsächlichen Verhältnisse im Deutschen Reich und widerlegt die Grenzmeldungen über Deutschland und seinen Führer, die auch in Portugal vielfach geäußert wurden. Der Berichterstatter schildert ausführlich die äußeren Umstände beim Empfang durch den Führer. Er beschreibt das Arbeitszimmer in seiner Einfachheit und betont, daß entgegen den Behauptungen der ausländischen Presse

Hitler nicht von schwer bewaffneten SS-Leuten bewacht werde, sondern daß er, der Berichterstatter, nur einem einzigen Posten begegnet sei. Der Eindruck, den die Persönlichkeit des Führers auf ihn machte, sei einprägnant gewesen. Boaventura sagt, er habe verstanden, daß der Wille, der aus den staubblauen Augen spreche, das deutsche Volk veranlasse, dem Führer einmütig zu folgen.

Es folgt dann der Bericht über die Unterredung. Der Führer bedauerte, das schöne Portugal nicht selbst zu kennen und kam auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal zu sprechen. Er sagte wörtlich: „Die Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal haben um so mehr Grund, eng und wirklich herzlich zu sein, als die gegenwärtige politische Situation in Portugal in dieser Hinsicht von denjenigen Prinzipien und Leitgeden inspiriert wird, die das nationalsozialistische Regime in Deutschland leiten.“

Der Berichterstatter, der der Saaraabstimmung beigewohnt hatte, wurde vom Führer über seine Eindrücke befragt und äußerte sich darüber wie folgt:

„Das Saaraabstimmungs-Ergebnis, über das ich den Portugiesen berichtete, bedeutet zweifellos einen ganz großen Erfolg für Deutschland und für die Politik des Reiches, das Eure Erzgebirge führt. Die ganze Saar ist deutsch und ich habe mich im Saargebiet immer unter Deutschen gefühlt.“

Nach den internationalen Folgen der Saaraabstimmung gefragt, äußerte Boaventura: „Ich bin überzeugt, daß sie ein wertvoller Faktor für den europäischen Frieden, nicht nur für Deutschland und Frankreich sein werden, und bin überzeugt von dem festen Willen Deutschlands zum Frieden, den Eure Erzgebirge so bestimmt und in kategorischer Weise ausgedrückt hat.“ Der Führer sprach noch die Hoffnung aus, daß der Eindruck des Berichterstatters vom aufrichtigen Friedenswillen des Deutschen Reiches auch im portugiesischen Volk Widerhall finden und zur freundschaftlichen Verständigung der beiden Völker beitragen möge.

Keine Goldsammlungen für den Rückbau der Saargruben

Berlin, 31. Jan. Aus Anlaß des überwältigenden Ergebnisses der Saaraabstimmung und befeelt von dem Willen, der Reichsregierung die sich aus der Rückgliederung des Saargebietes ergebenden wirtschaftlichen Lasten tragen zu helfen, hat sich eine große Anzahl von Volksgenossen erboten, goldene Schmucksachen zur Verfügung zu stellen. Diese Opferbereitschaft zeugt von einem vorbildlichen Patriotismus.

Die Ablieferung von Goldschmuck, wie sie im Jahre 1913 und zuletzt in der schlimmsten Notzeit des Weltkrieges stattgefunden hat, ist heute jedoch nicht erforderlich. Das neue Reich ist stark genug, um auf Spenden im vorliegenden Falle verzichten zu können; es möchte den Opferinn der Bevölkerung allein vorbehalten für die Milderung von Not und Armut im Lande. Im übrigen sind bereits Vereinbarungen getroffen worden, die sicherstellen, daß die Bezahlung der Saargruben ohne Gold- und Devisenbestände der Reichsbank erfolgen kann. Aber auch die Währungspolitik bedarf ganz allgemein der Ablieferung von Schmucksachen nicht, sondern bedient sich der bekannten wirksamen Wirtschaftsmassnahmen, um den Zahlungsvorkehr mit dem Auslande zu regeln.

Es wird daher gebeten, von derartigen Goldschmuckspenden abzusehen; Goldmünzen können selbstverständlich nach wie vor bei der Reichsbank umgetauscht werden.

Verkehrsflyzeug verunglückt

Elf Tote

Berlin, 1. Febr. Gestern abend verunglückte das planmäßige Streckenflugzeug Königsberg-Berlin der deutsch-russischen Luftverkehrsgesellschaft „Derulust“ durch ungewollte Bodenberührung in stark anstürmendem Wetter bei dem Versuch, auf dem Flughafen Stettin zwischenzulanden, an den Höhen von Podesch. Hierbei kamen außer der dreißigjährigen Besatzung, die aus Kapitän Weitzel, dem Junker Kühne und dem Maschinisten Zimmermann bestand, acht Fluggäste ums Leben. Die Namen der Toten sind: Freiherr Marschall von Bieberstein-Königsberg, Dr. Lang-Danzig-Langfuhr, Fräulein Gleich-Danzig, Herr Sonntag-Danzig, Herr von Schulz-Joppat, Herr Koldes-Königsberg, Herr Kadelodorff-Berlin und Herr Victor-Bremen. Die Maschine war gestern nachmittag 16 Uhr planmäßig in Danzig zum Fluge nach Berlin gestartet. Infolge des stark anstürmenden Wetters sah sich der Flugzeugführer veranlaßt, Stettin anzufliegen, von wo aus er funktentelegraphisch gepeilt wurde. Das Flugzeug meldete um 18.17 Uhr seine Flughöhe mit 400 Meter, 18 Minuten später besagte ein Funkruf, daß die Flughöhe 220 Meter betrage; gleichzeitig teilte der Junker mit, daß sich die Maschine in den Wolken befände und die Antenne verleiße. Die letzte Funkmeldung wurde um 18.38 Uhr gegeben und gab eine Flughöhe von 150 Meter an. Der Unfall selbst ereignete sich kurz vor 19 Uhr, an den etwa 130 Meter hohen Hügeln bei Podesch.

Das gestrige Unglück ist der erste schwere Unfall, der die deutsch-russische Luftverkehrsgesellschaft in den 13 Jahren ihres Bestehens betroffen hat.

Strafanträge im zweiten Rundfunk-Prozeß

Berlin, 1. Febr. Nach 30tägiger Verhandlung erhielt im zweiten Rundfunk-Prozeß der Staatsanwalt das Wort zur Begründung seiner Strafanträge. Auf Grund der Beweisaufnahme hält der Anklagevertreter es für erwiesen, daß der im September 1933 durch Selbstmord genderte frühere Generaldirektor der Rundfunkanstalt, Knöpfke, von der Firma Preuß 200 000 RM an Schmiergeldern erhalten habe. Dieser von den beiden Hauptangeklagten Dr. Radziejewski und Dr. Wedekind geleiteten Buch- und Kunstdruckerei sei daraufhin der Druckauftrag für die Rundfunkübertragung worden. Die Geschäftsleitung habe sich ihrerseits für die bezahlten Schmiergelder dadurch schadlos gehalten, daß sie die Druckkosten entsprechend erhöhte. Durch Ueberlieferung ihrer Kunden sollen der Firma Preuß insgesamt 1 846 000 RM im Laufe der Jahre zugeflossen sein.

Bis auf den Angeklagten Heesfeld, gegen den der Staatsanwalt Freisprechung beantragte, hielt er alle Angeklagten der Bestechung, den Vertreter Jennewein der Firma Preuß außerdem des Betrugs und des Steuervergehens für schuldig. Im einzelnen lauten seine Anträge gegen Dr. Radziejewski auf eine Lebensstrafe von zwei Jahren drei Monaten Gefängnis und 220 000 RM Geldstrafe, gegen Dr. Wedekind auf zwei Jahre Gefängnis und 220 000 RM Geldstrafe, gegen Frau Radziejewski auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und 105 000 RM Geldstrafe, gegen Jennewein auf drei Jahre Gefängnis und 200 000 RM Geldstrafe, gegen Albert Dinneemann auf ein Jahr drei Monate Gefängnis und 23 000 RM Geldstrafe, gegen Richard Stempel auf acht Monate Gefängnis und 20 000 RM Geldstrafe, sowie gegen den letzten Angeklagten Lapaczewski auf neun Monate Gefängnis und 50 000 RM Geldstrafe. Die gezahlten Schmiergelder werden eingezogen.

Jeder Bauernsohn im Arbeitsdienst

Berlin, 1. Febr. Der Reichsarbeitsführer Staatssekretär Hierl und der Reichsbauernführer Reichsminister Daré haben Vereinbarungen über das Verhältnis zwischen Arbeitsdienst und Reichsnährstand getroffen. Darnach mißt der Reichsbauernführer dafür, daß jeder deutsche Bauernsohn und Sohn eines Landarbeiters durch die Schule des Arbeitsdienstes geht. Der Reichsbauernführer macht die Bekleidung eines Führeramtens im Reichsnährstand sowie die Einstellung als Angestellter oder Arbeiter für die nach dem 31. Dezember 1934 Geborenen von der Dienstleistung im nationalsozialistischen Arbeitsdienst und von dem Besitz des Arbeitsdienstpases abhängig. Von den Angehörigen des Reichsnährstandes, die in der Zeit vom 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1914 geboren sind, ist die Arbeitsdienstzeit nachzuholen, soweit die Aufnahmefähigkeit der Organisation des Arbeitsdienstes dies zuläßt. Der Reichsnährstand wird diese Angestellten nach Ablauf ihrer Dienstzeit wieder in seinen Dienst übernehmen. Die Arbeitsdienstzeit beträgt grundsätzlich ein Jahr, für die vor dem 1. Januar 1915 Geborenen ein halbes Jahr. Erste Einstellung am 1. Oktober 1935.

Göring beim Reitturnier

Berlin, 1. Febr. Die wieder völlig ausverkauften Nachmittagsveranstaltungen des Berliner Reitturniers am Freitag erhielt durch den Besuch des Ministerpräsidenten General Göring und des Reichsministers Ruff eine besondere Bedeutung. Da das sportliche Programm etwas mager war, wandte sich die ganze Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten den Schaunummern zu, wobei das „Denkmal der Hannoverischen Pferdejuden“ mit den Vorführungen des niedersächsischen Waffenhengistes seinen besonderen Beifall fand. Als Abschlußprüfung der Nachmittagsprüfungen fand ein Juniorenpreis auf dem Programm, wobei die jungen Reiter, die sämtlich nicht über 15 Jahre alt waren, auch über Sprünge geführt wurden. Der Ministerpräsident war von den Leistungen dieser Reiter so begeistert, daß er die zahlreichen Ehrengaben persönlich überreichte.

Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Schlesien

Berlin, 1. Febr. Der kommissarische Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Schlesien, Dr. Zimmernann, hat aus persönlichen Gründen um Enthebung von seinem Amte gebeten. Der Reichsarbeitsminister hat seinem Wunsch entsprochen. Die Verwaltung des Treuhänderbezirks Schlesien hat bis zur Ernennung eines neuen Treuhänders der Arbeit der Treuhänder für das Wirtschaftsgebiet Sachsen, Stieler, unter Beibehaltung seines Wirtschaftsgebietes übernommen. Gleichzeitig ist der stellvertretende Leiter des Sozialamtes der Deutschen Arbeitsfront Reichow in die Dienststelle des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Breslau eingetreten.

Stabile Brotpreise

Berlin, 1. Febr. Die Festpreise für Getreide sind feinerzeit so bemessen worden, daß die Brotpreise während des ganzen Wirtschaftsjahres im allgemeinen unverändert bleiben können. Wenn daher auch trotz der weiterhin vorgeesehenen Monatszuschläge beim Getreidepreis (Reportis) im großen und ganzen dem Badegewerbe die Aufrechterhaltung des jetzigen Brotpreises zugemutet werden kann, so sind aus bestimmten örtlichen Gründen in einigen Gebieten doch besondere Hilfsmassnahmen notwendig geworden, um die Mehlpreise für das Badegewerbe während der restlichen Monate des Getreidewirtschaftsjahres auf angemessener Höhe zu halten. Ähnlich gibt es auch Gebiete, in denen der Mahllohn so niedrig liegt, daß infolge der Monatszuschläge für Getreide manchen Mühlen Verbesserungen zugelassen werden müssen. Deshalb wurden die Mahllöhne neu festgesetzt und die Errichtung einer Väterausgleichskasse bei der Hauptvereinigung beschloffen, aus der ab 1. Februar 1935 Beihilfen gewährt werden sollen. Die Mittel für diese Ausgleichskasse werden durch eine erträgliche Belastung des Weizens bei der Veremahlung ausgebracht. Die Reichsstelle für Getreide und die Hauptvereinigung der Getreidewirtschaft werden die notwendigen Anordnungen treffen, um eine Doppelbelastung für Weizen, der mit der bisherigen Ausgleichsabgabe von 3.50 RM bezw. 2.50 RM je Tonne belastet ist, zu vermeiden. Außerdem fällt ab 1. Februar 1935 die Gebühr von 1.50 RM bezw. 50 Pfg. die Tonne, die bisher für die Ausgleichskasse der Reichsstelle für Getreide erhoben wurde, fort. Vom 1. Februar ab sind für die Bemessung des Mehlpreises anstelle der Notierungen an den Großmärkten die Festsetzungen des Getreidewirtschaftsverbände maßgebend. In allen Teilen des Reiches bleibt demnach auch in Zukunft der bisherige Brotpreis unverändert. Binnen kurzem wird eine Brotmarktordnung erlassen werden, um die sonstigen Verhältnisse auf dem Brotmarkt zu bereinigen.

Die letzten Emigranten-Polizisten entlassen

Saarbrücken, 1. Febr. Am Freitag ist die seitdem bekannte Abtätigungsbereitschaft der Saarbrücker Polizei aufgelöst worden. Sie wurde bekanntlich vor einigen Monaten als Sonderkommando für die Abtätigungszeit begründet und fast ausschließlich aus kommunistischen und separatistischen Elementen zusammengesetzt, da der Direktor des Innern, Heimburger, eine persönlich besonders zuverlässig scheinende Polizei für notwendig und zweckmäßig hielt. Sämtliche führenden Stellen innerhalb dieser Bereitschaft hatten deutsche Emigranten inne. Die Bereitschaft, die etwa 100 Mann umfaßte und in der Wannenkaferne stationiert war, trat in den Zeiten vor und während der Abtätigung verschiedentlich besonders unruhig hervor. In ihren Reihen wurde auch die für den 15. Januar geplante Polizeirevolte aufgeführt. Im Anschluß an diese Meuterei wurden bereits die Hauptführer, die Emigranten Grumbach, Christ, Gercke und Baumann verhaftet und dann nach Lothringen abgeführt. Ferner wurde das Kommando teilweise aufgelöst bezw. verschiedene Angehörige auf einzelne Polizeireviere verteilt. Nunmehr sind die letzten, etwa 70 Mann dieser längst schon als durchaus unzuverlässig und untauglich durchgeführten Bereitschaft entlassen worden. Sie dürfen ab Freitag schon ihren Dienst nicht mehr versehen und müßten sofort Uniform und Waffen abliefern.

Noch keine Entscheidung in Siam

London, 31. Jan. Meldungen aus Singapur zufolge herrscht in Siam die Ueberzeugung, daß König Prajadhipol nicht nach Siam zurückkehren werde und daß daher mit seiner Abdankung zu rechnen sei. Man glaube, daß ein noch nicht genannter minderjähriger Prinz zum König ernannt und ihm ein Regentschaftsamt beigegeben werde. Die siamesische Regierung habe, wie verlautet, die vom König gestellten Bedingungen bezüglich seiner Vorrechte nicht angenommen. Von Seiten der siamesischen Abordnung in London wird hierzu erklärt, daß noch keine endgültige Entscheidung über eine Abdankung des Königs gefallen sei. Der König stehe noch immer mit dem siamesischen Parlament in Verhandlungen und erwarte weitere Mitteilungen der in England weilenden siamesischen Abordnung.

Wegen schwerer Verstöße gegen den Gedanken der Betriebsgemeinschaft verhaftet

Halle, 1. Febr. Wegen schwerer Verstöße gegen den Gedanken der Betriebsgemeinschaft wurden die Inhaber der Halle'schen Rohpappfabrik M. Grasmeyer G.m.b.H., Zwintschona, Erich und Helmuth Grasmeyer, in Haft genommen. Es wird ihnen u. a. Betriebsabotage, durch die 90 Mann der Belegschaft brotlos wurden, ferner Hinausziehung der Kurzarbeiterunterstützungen und Nichtabführung von Kassenbeiträgen und Invalidentgeldern vorgeworfen.

Die Gildenhalle von Bristol in Flammen

London, 1. Febr. Die berühmte Gildenhalle im Herzen von Bristol wurde am Freitag morgen von einem verheerenden Großfeuer heimgesucht. Der Zivilgerichtshof und das Kriminalgericht wurden zum Teil zerstört.

Blech und Frau auf freien Fuß gesetzt

Saarbrücken, 1. Febr. Wie das „Saarbrücker Abendblatt“ aus Straßburg meldet, sind auf Anordnung des französischen Justizministers der ehemalige Gewerkschaftssekretär Otto Blech und dessen Ehefrau auf freien Fuß gesetzt worden. Sie haben das Colmarer Untersuchungsgefängnis verlassen. Er scheint demnach, als erkläre die französische Regierung in der Verschlebung von Geldern des Christlichen Metallarbeiterverbandes an der Saar sowie sonstigen Finanzpraktiken Blechs kein „kriminelles Vergehen“, sondern eine „politische Aktion“.

Wildschweinjagd in den Straßen von Bad Kreuznach

Bad Kreuznach, 1. Febr. Eine aufregende Wildschweinjagd konnte man in den Straßen der Stadt beobachten. Ein Schwarzfäule, der bei einer Treibjagd in der Nähe der Stadt angepöbelt worden war, jagte durch die Felder und machte schließlich in einem Garten halt. Als drei Männer, die das Tier verfolgten, dieses in dem Garten fanden, verjagten sie es einzeln. Das Borlientier griff aber seine mit Knüppeln bewaffneten Verfolger an und trieb diese in die Flucht. Die Männer konnten sich nur dadurch in Sicherheit bringen, daß sie einen Baum erklimmten, indessen raste das Tier weiter. In einer Gärtnerei zertrümmerte es Scheiben eines Treibhauses. Dann rannte es auf die Straße. Es fiel einen Radfahrer an, der von seinem Fahrzeug stürzte und sich Verletzungen zuzog. Das Plagen eines Radfahrerschlauchs verhinderte weitere Folgen für den Radfahrer. In einer anderen Straße rannte es wieder einen Radfahrer an. Ein Einwohner, der das Tier zu fangen versuchte, wurde von ihm zu Boden geschleudert. Erst als der Schwarzfäule Zuflucht in einer Lederfabrik suchte, konnte er eingekesselt und schließlich von den Arbeitern unschädlich gemacht werden. Drei Personen wurden bei dieser aufregenden Jagd verletzt.

Innere Krise in Ungarn

Edhardt legt Vertretung Ungarns beim Völkerbund nieder
Budapest, 31. Jan. Der Führer der Partei der unabhängigen Kleinlandwirte, Tibor von Edhardt, richtete an den Ministerpräsidenten Gömbös ein Schreiben, in dem er die bisherige Vertretung Ungarns beim Völkerbund niederlegt und gleichzeitig den Ministerpräsidenten ersucht, die zwischen ihm und Gömbös zustandgekommene Einigung in der Frage des Wahlrechts als gegenstandslos zu betrachten.

Tibor von Edhardt betont, in den wiederholten Besprechungen zwischen Gömbös und ihm hätte sich die einmütige Auffassung ergeben, daß die unerläßliche Voraussetzung eines jeden Fortschritts und einer die ruhige Entwicklung der Nation sichernden Reformpolitik das geheime und ehrliche Wahlrecht sei, um die zugehörigen parteipolitischen Kämpfe abschaffen zu können. Auf Grund dieser Einsicht sei damals bezüglich des neu zu schaffenden Wahlrechts eine völlige Einigung zwischen ihnen zustande gekommen. Die Aussprüche in der Regierungspartei habe ihn jedoch davon überzeugt, daß die zwischen ihnen bestehende Vereinbarung die Zustimmung der Regierungspartei zur Wahlrechtsreform wesentlich erschwere.

Zu der Niederlegung seiner Vertretung beim Völkerbund weist Tibor von Edhardt darauf hin, daß er damit weiteren Angriffen vorzubeugen wünsche, die wegen seiner Person gegen die vom Ministerpräsidenten verfolgte Politik gerichtet würden. Der Entschluß des Abgeordneten von Edhardt wird als eine unmittelbare Folge der außerordentlich scharfen Angriffe angesehen, die in der letzten Sitzung der Regierungspartei gegen Tibor von Edhardt gerichtet wurden. Mit dem Schreiben ist zunächst zwischen der Regierungspartei und der Partei der Kleinlandwirte ein offener Bruch eingetreten. Der Schritt Tibor von Edhardts bedeutet jedenfalls eine Verschärfung der innerpolitischen Lage Ungarns.

Unterschlagungsaffäre am schwedischen Hof

Stockholm, 1. Febr. Eine peinliche Unterschlagungsaffäre wurde bei der Hofverwaltung des Prinzen Karl, einem Bruder des Königs, aufgedeckt. Der Kammerherr des Prinzen, Fredrik von Stiernstedt, ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Die der Festnahme vorausgegangenen polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß der Kammerherr sich sowohl an dem Vermögen des Prinzen, als auch an den Geldern der „Seraphim-Obedens-Kasse“, die dem Prinzen unterstand, vergriffen hat. Die Veruntreuungen werden nach den bisherigen Feststellungen auf mehr als 62 000 Kronen geschätzt. Stiernstedt übte außerdem noch den Beruf eines Rechtsanwaltes aus und war auch durch andere Ämter sehr stark in Anspruch genommen.

Zusammenstoß zwischen zwei Petroleumzügen

Budapest, 31. Jan. In der Nähe von Konstanza ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen zwei Petroleumzügen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß mehrere Waggons mit Erdöl aus den Gleisen gehoben wurden und umstürzten. Das Öl fing sofort Feuer und ergoß sich in flammenden Strömen weit über die Straße und das Land, so daß ein wahres Flammenmeer entstand. Der Eisenbahnverkehr mußte unterbrochen werden. Militär ist mit Hilfe der Bevölkerung der umliegenden Dörfer im Begriff, durch Schanzarbeiten die Flammen abzumägen und ein Weitergreifen der Katastrophe zu verhindern. Der Geistesgegenwart des einen Lokomotivführers gelang es, die nicht beschädigten Lokomotiven abzukoppeln und mit größter Geschwindigkeit aus dem Feuerbereich zu fahren.

Explosionsunglück — Drei Kinder getötet

Budapest, 31. Jan. Ein furchtbares Unglück ereignete sich in dem Hause eines Bergarbeiters in der Gemeinde Veribá bei Klausenburg. Die drei Kinder des Bergarbeiters, die allein im Hause zurückgeblieben waren, fanden beim Spiel in einer Kiste ihres Vaters eine Dynamitpatrone und warfen sie, nachdem sie damit gespielt hatten, in das Herdfeuer. Die Folgen waren furchtbar. Das Haus flog buchstäblich in die Luft. Die Körper der drei Kinder wurden in tausend Stücken zerrissen. Mit Müh gelang es den Dorfbewohnern, das

Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Als die Eltern zurückkamen, fanden sie nur noch die rauchenden Trümmer ihres Hauses und einige verkohlte Kleiderreste von ihren Kindern vor. Die Mutter erlitt einen Wahnsinnsanfall und wurde ins Irrenhaus gebracht.

Ausbau der Roten Armee

Außenhandel und Rüstungen auf dem Sowjetkongreß

Moskau, 31. Jan. Auf dem Sowjetkongreß sprach der Volkskommissar für Außenhandel, Rosengold. Er zeichnete ein Bild der sowjetrussischen Außenhandelsbeziehungen und äußerte sich in bemerkenswerter Weise über die gegenwärtigen Schwierigkeiten und die Mittel, die nach Auffassung der Räteregierung notwendig sind. Ungefähr die Hälfte seiner Ausführungen diente dem Nachweis, daß die Sowjetunion infolge der Fortführung des Industrialisierungsprogrammes auf zahlreichen Gebieten von der Einfuhr unabhängig geworden und zu einem Teil schon selbst zur Ausfuhr von Industriewaren übergegangen sei. Unter zahlreichen Beispielen erwähnte er, daß zwar der Aufbau von 16 großen Eisenwerken in den letzten vier Jahren 154 Millionen Goldrubel an Einfuhr erfordert habe, daß dadurch aber in der gleichen Zeit die Produktion von Walzisen von 4,6 auf 6,6 Millionen Tonnen angestiegen und der Anteil des eingeführten Walzizens an dem jährlichen Verbrauch von 31 Prozent auf 3 Prozent herabgefallen sei. Uebergehend zu den Handelsbeziehungen der Räteregierung zu den einzelnen Ländern, erklärte er, daß der Handel mit den Vereinigten Staaten auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen sei. Vor allem habe die Johnson-Bill, die die Kreditgewährung an säumige Schuldner verbiete, zur Folge gehabt, daß der sowjet-amerikanische Handel einen Tiefstand erreicht habe. Von den Handelsbeziehungen mit Frankreich sprach er kurz in der Zukunftsform. Das unlängst abgeschlossene Handelsprotokoll bilde eine gute Grundlage für die Regelung der Finanzierung des Geschäftes und für den Abschluß eines ständigen Handelsvertrages.

Deutschland nannte Rosengold einen Pionier in der Ausbahrung der Handelsbeziehungen der Sowjetunion mit dem Auslande. Er sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland auch weiterhin voranzugehen werde in der Findung neuer, den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßter Handelsformen.

Im weiteren Verlauf der Kongreßtagung sprach der stellv. Kommissar für das Verteidigungswesen über den starken Ausbau der Sowjetwehrmacht in den letzten vier Jahren. Danach ist die Luftflotte in diesem Zeitraum um 330 Prozent, die Zahl mittlerer Tanks um 792 Prozent, die Zahl leichterer Tanks um 700 Prozent und in der Flotte insbesondere die Zahl der Unterseeboote um 535 Prozent angewachsen. Infolgedessen sei der Mannschaftsbestand der Armee von 582 000 auf 940 000 und der Militärhaushalt von 1934 gegenüber dem Vorschlag von 1665 Millionen auf tatsächlich 5 Milliarden Rubel angewachsen.

Zwei Meter hoher Schnee in Mazedonien

Athen, 31. Jan. In Mazedonien schneit es seit einigen Tagen sehr stark. In vielen Orten liegt der Schnee zwei Meter hoch. Das Dorf Kerames in Thrazien wurde von einer Ueberflutung heimgesucht. 20 Häuser sind eingestürzt.

Erhöhung der amerikanischen Armee um 50 000 Mann

Washington, 31. Jan. Der Militärausschuß des Repräsentantenhauses nahm die Thomason-Vorlage an, die eine Erhöhung der Heeresstärke um 50 000 Mann und 400 Offiziere vorsieht. Die Vermehrung des Mannschafbestandes soll innerhalb der nächsten fünf Jahre schrittweise durchgeführt werden. Die amerikanische Armee wird dadurch auf 12 400 Offiziere und 165 000 Mann erhöht.

Hauptmann-Prozess

Belaftungszeugin gegen Hauptmann bewußtlos aufgefunden
Newport, 31. Jan. Die 23jährige Fannette Rivlin, die Besitzerin eines Friseurlokals im Stadtteil Bronx, die der Staatsanwaltschaft angeboten hatte, gegen Hauptmann auszusagen, wurde von der Feuerwehr in ihrer brennenden Wohnung aufgefunden. Sie lag gefesselt und getäubelt bewußtlos am Boden. Die Ueberfallene konnte geborgen und einem Krankenhaus zugeführt werden. Sie wird dort später verhört werden.

Entlastungszeugen für Hauptmann

Aus Flemington wird vom 31. Januar gemeldet: Im Lindbergh-Prozess sagte ein Gastwirt aus, daß er Hauptmann in der Entführungsnacht in der Nähe der Bronzer Tankstation getroffen und sich mit ihm unterhalten habe. Der Generalkaatsanwalt stellte fest, daß der Zeuge damals Bekter einer „Küsterkneipe“ gewesen sei und auch verschiedene Decknamen benutzt habe. Ein Arbeiter namens Harding sagte aus, daß ihn in der Entführungsnacht in der Nähe der Lindbergh'schen Bektung zwei Männer in einem dunkelblauen Auto nach dem Wege zum Hause Lindberghs gefragt hätten. Im Rücksiß des Wagens hätte sich eine zusammengeschaltete Leiter sowie ein Pappkarton befunden. Keiner der beiden Männer sei Hauptmann gewesen. Ein ungarischer Staatsangehöriger namens Louis Riß sagte aus, daß er in der Entführungsnacht Hauptmann kurz nach 8 Uhr in der Bäckerei des Stadtteils Bronx gesehen habe. Hauptmann habe sich mit seiner in dieser Bäckerei angestellten Frau in deutscher Sprache unterhalten.

Berhandlungen über die Russenschuld gescheitert

Washington, 1. Febr. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Hull, gab bekannt, daß die erneut aufgenommenen Verhandlungen zur Regelung der russischen Vorkriegsschulden gescheitert sind. In seiner Erklärung heißt es: Angesichts der gegenwärtigen Haltung der Sowjetregierung habe ich das Gefühl, daß wir nicht die Hoffnung hegen können, daß irgend eine Verständigung jetzt möglich ist. Ich sage dies mit Bedauern, da ich sowohl mit den amerikanischen Fabrikanten und Landwirten sympathisiere, die den Wunsch haben, einen Markt für ihre Waren in der Sowjetunion zu finden, als auch mit den amerikanischen Bürgern, deren Eigentum in der Sowjetunion beschlagnahmt wurde. Es erscheint kaum irgend ein Grund, zu bezweifeln, daß die Verhandlungen, die anfangs so vielversprechend erschienen, jetzt als beendet angesehen werden müssen. Nach der ganzen Entwicklung der Lage wird nunmehr der Vorstand der Export-Import-Bank entscheiden müssen, ob diese Bank überhaupt noch eine Dajensberechtigung hat.

Nur Banditenbekämpfung

Tokio, 1. Febr. Auf die Anträge eines Abgeordneten, ob die Ereignisse in Jehol und Tschadar mit einem Kriege zu vergleichen seien oder nicht, hat der japanische Kriegsminister General Hapajhi folgende Antwort erteilt: Die militärischen Zusammenstöße in Tschadar und Jehol darf man nicht als kriegerische Operationen bezeichnen. Es handelt sich hier einfach um eine Aktion der japanisch-mandschurischen Truppen zur Bekämpfung des Banditenwesens und Vertreibung der Chinesen aus der Provinz

Jehol. Von einem Kriege mit China kann keine Rede sein. Japan wird sich mit China sogar verständigen.

Senkung der Stickstoffpreise

Berlin, 31. Jan. Der Reichskommissar für Preisüberwachung teilt mit: Auf Grund der in den letzten Tagen mit dem Reichs- und preussischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, dem Reichsnährstand und dem Stickstoffverband gepflegten Verhandlungen ist folgendes festgelegt: Zur erfolgreichen Durchführung der Erzeugungsschlacht der deutschen Landwirtschaft wird mit sofortiger Wirkung für den Rest des Düngejahres ein Sonderabschlag auf den Stickstoffpreis gewährt; er beträgt für Stickstoffdünger 5 Pfennige, für Kalstickstoff 3 Pfennige je Kilo Stickstoff. Dies bedeutet im Durchschnitt eine Preisermäßigung um etwa 7 Prozent.

Um die Abnehmer der zu Dezember- und Januarpreisen vom Stickstoffverband bezogenen Düngemittel vor unmittelbaren Verlusten zu schützen, gewährt das Stickstoffyndikat auf diese Mengen insoweit eine Vergütung, als der Februarpreis abzüglich des Sonderabschlusses unter den Dezember- und Januarpreisen liegt. Darüber hinaus wird eine Rückvergütung nicht gewährt. Im Zusammenhang hiermit wird die Barzahlungsvergütung auf 15 Prozent festgelegt. Die deutsche Landwirtschaft kann auf die Weitergewähr der Preisverbilligung für das Düngewirtschaftsjahr 1935/36 nur dann rechnen, wenn eine wesentliche Absatzsteigerung der stickstoffhaltigen Düngemittel erreicht wird.

Sokales

Widbad, 2. Februar 1935.

Seit einiger Zeit tritt hier die Scharlachkrankheit in stärkerem Maße auf. Glücklicherweise sind es meistens Fälle besonders leichter Art. Trotzdem schon bei den ersten Fällen die Kinder ins Krankenhaus verbracht wurden, um keine Gefahr für ihre Umgebung zu bilden und trotzdem die Wohnung sofort desinfiziert und die Geschwister vom Schulbesuch abgehalten wurden, traten immer wieder neue Erkrankungen auf. Bei der Leichtheit mancher Erkrankungsfälle, die oft in kürzester Zeit vorüber und bei denen die Kinder oft ganz munter sein können, fiel es den Eltern manchmal gar nicht auf, daß die Kinder krank waren, und erst die auftretende Schuppung zeigte die überstandene Krankheit und es sind durch solche unbekannt gebliebenen Fälle vermutlich auch tatsächlich einige Ansteckungen vorgekommen. Aber auch bei diesen leichten Fällen besteht die volle Ansteckungsgefahr. Es ist notwendig, daß die Eltern ihre Kinder ganz besonders im Auge haben und bei Beobachtung auch nur des leisesten Verdachts den Arzt rufen. Es darf nicht sein, daß man zuerst selbst zu doktern versucht. Seit Beginn dieser Woche werden die Kinder von der Laienbergstraße, wo die Mehrzahl der Krankheitsfälle aufgetreten ist, vom Besuch der Schule und der Kleinkinderschule zurückgehalten, auch wenn in der Familie selbst kein Scharlach ist oder war. Es ist notwendig, daß diese Kinder die Freiheit nicht dazu benötigen, nun auf andere Weise recht oft mit anderen Kindern zusammenzukommen. Sie sollen zu Hause bleiben und dürfen insbesondere nicht in andere Stadtteile kommen. Die übrigen Kinder werden auch von den Lehrern aus auf verdächtige Erscheinungen überwacht. Es ist Vorfrage getroffen, daß erkrankte Kinder auch weiterhin möglichst sämtlich ins Krankenhaus kommen. Die Maßnahmen der Gesundheitspolizei müssen aber durch die Bevölkerung dadurch unterstützt werden, daß Erkrankungsfälle rechtzeitig dem Arzt zugeführt werden und von diesem gemeldet werden können, und daß insbesondere auch die angeordnete Absonderung von Kindern aus gefährdeter Umgebung pünktlich durchgeführt wird; manche Eltern verstoßen zu leicht gerade gegen die letztere Pflicht.

— Lichtmeß. Wie ein Wort aufatmender Befreiung von schwerem Druß, der Freude und des hoffenden Verlangens klang einst das Wort „Lichtmeß“ durch das alltägliche Volksleben in Stadt und Land. Man muß sich, um den ganzen jubelnden Inhalt dieses Wortes zu verstehen, in die früheren Zeiten der tyrannischen Winternächte mit ihrem Dunkel in Wohnungen, Scheunen und Ställen vorstellen. Und wie sparsam ging man dabei noch mit dem ohnehin spärlich gependeten und erzeugten Lichte um: manche Bäuerin sparrte an Fenster bei blaßem Mondenschein, und die Ersparnis an Licht gehörte zu den ersten Forderungen und Beweisen einer hauswirtschafterischen Wirtschaft. Welche Vorsicht und welche Umstände erforderte dabei erst noch der Gebrauch der Laterne in den zündstoffgefüllten Scheunen und Ställen! Aber mit dem siegenden Lichte draußen waren alle die schlimmen Geister gebannt. Darum war der 2. Februar als der Tag von „Mariä Lichtmeß“ von jeher vor allem bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung als Fest- und Freudentag, als „Lichterfesttag“ gefeiert, und dieses Gefühl der Freude, daß nun endlich nach tiefer, langer Winternacht der lichtreiche Tag die Herrschaft übernehmen werde, fand in vielen Gegenden einen hyzöllischen Ausdruck im Anzünden sog. „Lichtmeßkerzen“. Daher war dieser Tag zugleich vor allem in Süddeutschland der wichtigste Termin für Gewinnewechsel. Zu Duzenden fanden da die Bauernwagen mit den Hahelglocken der Mägde und Knechte am verabredeten Wirtshaus, wo der Bauer mit dem neugeworbenen Gefinde „Einkand“ zu trinken pflegte. Es wurde auch der Spinnrodten beiseite gestellt, und die schönen, unterhaltamen Spinnstubenabende wichen den mancherlei Vorbereitungen für die Feldarbeiten. Das ohnehin spärliche Licht verschwand bald ganz aus Stube, Stall und Scheuer. Auch das Abendessen wurde von Lichtmeß ab vor einbrechender Nacht eingenommen. Darum: „Lichtmeß — Spinnen vergeß! Lichtmeß — bei Tag eh!“

— Die W.S.W.-Madel für den Monat Februar. In jedem Monat ist eines der kleinen unscheinbaren Winterhilfsabzeichen verkauft worden, und mit jedem von ihnen wurde vielen deutschen Volksgenossen Arbeit und Brot gegeben, sie alle, die anpruchslos keinen Abzeichen trugen dazu bei, die drohende Not des Winters abzuwenden. Gering ist das Opfer für den einzelnen, 20 Pfennige im Monat können wir leicht erbringen — und dies kleine Opfer bedeutet Arbeit und Auskommen, bedeutet Sicherheit und Schutz vor Arbeitslosigkeit für viele deutsche Volksgenossen. Der Monat Februar wird im Zeichen des Galalith-Abzeichens stehen. Diesmal war beabsichtigt, der notleidenden Porzellanindustrie in Schlesien, in der bayerischen Ostmark und in der Thüringischen Knopfstadt Schmölla Hilfe zu bringen. Das Galalith-Abzeichen ist eine kleine Wafette, die Mutter

und Kind im Kessel zeigt und von dem Verspruch des Monats Februar umrahmt ist: „Kämpft gegen die Not, schüßt Mutter und Kind“. Damit wird zugleich eindringlich darauf hingewiesen, daß die Fürsorge für Mutter und Kind eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Volkes bildet. Von diesen Galathä-Abzeichen sind sieben Millionen Stück in der thüringischen Stadt Schmöln hergestellt worden, für die 820 Zentner Galathä verarbeitet worden sind. Auch die Februar-Plakette ist ein wichtiger Helfer in der großen Arbeitskräftelicht. Mit ihrer Hilfe haben 800 deutsche Arbeiter zwei Monate lang volle Beschäftigung gehabt, von denen die Hälfte neu eingestellt wurden. Das Winterhilfsabzeichen hat wieder einmal dazu beigetragen, einer darniederliegenden Industrie wertvolle Hilfe zu bringen, es hat Hunderte von Arbeitern vor Abbau und Arbeitsverlängerung geschützt. Am 2. und 3. Februar findet der Verkauf statt. Wir werden unsere Pflicht tun und ein Abzeichen kaufen. Und damit werden wir die Gewißheit haben, daß auch wir ein kleines Teil dazu beigetragen haben, um das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes durchzuführen.

Richtigstellung. Die in unserem gestrigen Bericht „Der Tag des wahren Sozialismus“, enthaltenen zahlenmäßigen Angaben über die Mengen der ausgegebenen Lebensmittel sind dahin richtig zu stellen, daß von Gau zur Verteilung 30 Ztr. Weizenmehl, 10 Ztr. Grüttermehl und 1179 Lebensmittel-Gutscheine zu je 1 Mark eingegangen waren. Die Ortsgruppe Wildbad des W. S. W. hat ihrerseits für 1136 Mark Lebensmittelpakete zu 50 Pfg. und 1 Mark beigeleuert. Insgesamt dürften die zur Verteilung gelangten Lebensmittel einen Wert von ca. 5000 Mark repräsentieren. Daß mit der Zusammenstellung, Verpackung und Organisation der Ausgabe eine Riesearbeit verbunden war, die allein von der Geschäftsstelle der NSDAP geleitet wurde, geht daraus hervor, daß dort an mehreren der Verteilung vorausgegangenen Tagen bis spät in die Nacht hinein gearbeitet werden mußte. Auch das ist Sozialismus der Tat.

Wintersonderzüge. Am Sonntag, den 3. Februar verkehren die Wintersonderzüge 25 von Pforzheim. Wildbad ab 8.18 Uhr und 125 nach Pforzheim, Wildbad ab 19.08 Uhr. Der Zug nach Pforzheim hält nur in Rotenbach, Neuenbürg Hbf. und Pforzheim-Brötzingen. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 95 Pfg.

Der 30. Januar in den Parzellen

In würdiger Weise wurde der 30. Januar als der zweite Geburtstag des nationalsozialistischen Regimes in Verbindung mit dem von unserem Führer ins Leben gerufenen Winterhilfswerk gefeiert. Im Saale des Schulhauses in Sprollenhäuser kamen die Volksgenossen zusammen. Zellenleiter S. Kometsch hielt vor Beginn der Besprechung folgende Ansprache:

„Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Heute vor zwei Jahren errang die nationalsozialistische Bewegung nach 14-jährigem harten Kampfe die Macht in Deutschland. Welch großes Chaos der Führer hier angetroffen hat, weiß wohl jeder Volksgenosse. In knapp zwei Jahren brachte es unser Führer Dank seiner genialen Führung zuwege, von 7½ Millionen Volksgenossen wieder fünf Millionen in Arbeit und Brot zu stellen. Nicht wie alle Verräterungen: Nur vom Sozialismus geht, aber nicht durchzuführen. Unser Führer hat das größte Werk des Sozialismus, das Winterhilfswerk ins Leben gerufen. Ihr Volksgenossen, die ihr heute selbst erlebt, wie auch der Führer hilft, eure Not zu lindern, dankt ihm dies durch eure Treue. Sagt allen Mördern und Messemachern, wie schmutzig ihre Arbeit ist und wie niederträchtig und gemein ihre Gesinnung. Legt allen Neid und alle Mißgunst ab, denn jeder, ob er eine große oder kleine Familie hat, ob er besser oder schlechter begütert ist, hat in seinem Kreis seine Sorgen und hat den Kampf ums Dasein zu führen. Freut euch, wenn es Volksgenossen gibt, denen es noch besser geht wie euch. Erst wenn alle wieder in Arbeit und Brot sind, wird auch der Führer zufrieden sein. Daß dies unseres Führers höchstes Ziel ist, dürfen wir alle glauben; denn sein Wille ist es, jedem Volksgenossen das zu geben, was er für die Erhaltung einer gesunden Familie braucht. Er selbst weiß es am besten, wie hart das Leben ist und darum ist es ihm oberste Pflicht, seinen Volksgenossen helfend beizustehen. Dankt es ihm durch eure Treue.“

Daraus wurde die Verteilung der Lebensmittel sowie die Ausgabe der Reichsgutscheine vorgenommen. Schwer beladen und freudigen Herzens zogen die Volksgenossen nach Abfingen des Deutschland- und Horst Wessel-Liedes und einem „Sieg Heil“ auf unsern geliebten Führer von dannen.

Württemberg

Tübingen, 31. Jan. (Institut für württ. Wirtschaft.) Im Rahmen des wirtschaftswissenschaftlichen Seminars der Universität Tübingen ist ein Institut für württembergische Wirtschaft errichtet worden, dessen Leitung bei Privatdozent Dr. Preiser liegt. Den Anlaß zur Gründung dieses Institutes gaben die Untersuchungen der Arbeitsgruppe „Ostpreußen-Württemberg“, die seit Juni vorigen Jahres im Gange sind. Bekanntlich steht der sogenannte Ostpreußen-Plan eine industriell-agrarische Ansiedlung Ostpreußens vor, bei der Württemberg mit seiner engen Verflechtung von Landwirtschaft und Industrie, mit seiner im Boden verwurzelten Arbeitnehmerschaft, mit seinem gesunden Bauerntum, kurz mit seiner günstigen wirtschaftlichen und sozialen Struktur als Vorbild dient.

Neutlingen, 31. Jan. (Todesfall.) Donnerstag morgen ist Fabrikant Wolfgang Entrez unerwartet rasch gestorben. Der Verstorbenen, Mitinhaber der Firma Franz Entrez, Stridwarenfabrik in Nürtingen, ist geboren am 18. Juni 1884. Er war ein eifriges Mitglied der Neutlinger Schützenhilfe und eine Reihe von Jahren Vorstand des Neutlinger Obst- und Gartenbauvereins.

Mödingen, O. A. Rottenburg, 31. Jan. (Tragischer Unfall.) Am Mittwoch verunglückte die 18 Jahre alte Maria Dieter, Tochter der hiesigen Hebamme, dadurch, daß

sie beim Schifahren „am Berg“ stürzte, wobei sie sich einen ihrer Schenkel ins rechte Auge stieß. Der rasch herbeigerufene Arzt veranlaßte die sofortige Einlieferung in die Augenklinik nach Tübingen. Bei der Operation wurde festgestellt, daß das Auge verloren ist. Außer dem nun verlorenen Auge hat Fräulein Dieter bei ihrem Sturz noch einen Schädelbruch davongetragen, jedoch ihr Befinden sehr ernst ist.

Ettmannsweiler, O. A. Nagold, 31. Jan. (Ungeeignetes Pferd.) In diesen Tagen traf ein auswärtiges Pferd von einem Lebensbaum (Thuja), der in der Nähe einer Wirtschaft steht, als der Fuhrmann geschwind in dieser einkehrte. Nachts erlag das 5½-jährige wertvolle Tier dem Gift, das in den Blättern enthalten ist.

Laufen, O. A. Balingen, 31. Jan. (Bahnhofsbrand.) Dienstagnacht brach im Wärterhaus des Postens 53 der Bahnhofsstation Laufen Feuer aus. Dabei brannte das Bahnhofsgebäude vollständig aus. Das vorhandene Inventar wurde durch das Feuer restlos vernichtet. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts Näheres bekannt.

Göppingen, 31. Jan. (Ein Jahr Gefängnis.) Das Schöffengericht Göppingen verurteilte die ledige Emilie Haag aus Heiningen wegen eines Vergehens der teils versuchten und vollendeten Abtreibung zu der Gefängnisstrafe von einem Jahr. Ein zweiter Angeklagter aus Heiningen erhielt wegen eines Vergehens der Beihilfe einen Monat und 15 Tage Gefängnis.

Schwenningen a. N., 31. Jan. (Nachtlandung.) Ein Segelflieger der Fliegerortsguppe Schwenningen vollbrachte mit dem Segelflugzeug „Fritz Mauthe“ eine Leistung, die erneut zeigt, welche Entwicklung der Segelflugsport im Bereich der Fliegerlandesgruppe 9 genommen hat. Der junge Sportflieger startete mittags um 13 Uhr. Um 17 Uhr mahnte die einbrechende Dunkelheit an die Vorbereitungen zur Nachtlandung. An der Hangkante wurden an den beiden Wendepunkten riesige Feuer entfacht, die dem in der Dunkelheit nunmehr nicht mehr sichtbaren Segelflieger die Flugstrecke anzeigten. Als Landeplatz war ein etwa zwei Kilometer entfernt liegendes Wiesengelände gewählt worden. Die Platzgrenze, innerhalb der die Landung vollzogen werden mußte, war durch zwei große Feuer bezeichnet. Zwei Kraftwagen beleuchteten mit ihren Scheinwerfern das ganze Gelände. Kurz darauf brach „Fritz Mauthe“ aus dem Dunkel der Nacht hervor und setzte mitten in dem hell beleuchteten Flugplatz in glatter Landung auf.

Hall, 31. Jan. (Näher Tod.) Der neue Stationskommandant Holz, der erst vor kurzem nach Hall gekommen war, hatte am Dienstag die Landjägerbeamten seines Dienstbezirks zu einer dienstlichen Besprechung um sich versammelt, bei deren Schluß sich der neue Kommandant im Kreise seiner Kameraden fotografieren ließ. Von plötzlichem Unwohlsein befallen, wollte er sich zur Ruhe legen und wurde durch einen jähen Herzschlag mitten aus seinem Schaffen herausgerissen.

Brausgeber und Verlag: Württembergische Zeitungsgesellschaft Wildbader Taablatz Wildbader Habblatz Wildbad L. Schwabstraße (Tel. 23, 24) O. W. 12 34 750

Wildbad, 2. Februar 1935.

Todes-Anzeige.

Nach langem, schwerem Leiden ist mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Fritz Krauß
Schmiedmeister

gestern abend 7/8 Uhr im Alter von 56 Jahren gestorben, wovon wir teilnehmende Verwandte, Freunde und Bekannte in Kenntnis setzen.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Charlotte Krauß, geb. Käßler
mit Kindern.

Beerdigung am Montag nachmittag 2 Uhr.

Evangelischer Gottesdienst.

4. Sonntag nach dem Erscheinungsfest, den 3. Febr. 9.45 Uhr: Predigt (Joh. 4, 15—26; Lied: 89), Stadtpfarrer Dauber. 11 Uhr: Kindergottesdienst. 1 Uhr: Christenlehre (Söhne), Stadtpfarrer Dauber. 5 Uhr: Abendgottesdienst, Stadtdiönar Stein.

Dienstag, den 5. Februar. 2 Uhr Frauennachmittag im Gemeindefaal.

Mittwoch, den 6. Februar. Nachm. Mädchengruppe I im Gemeindefaal, abends Mädchengruppe II im Gemeindefaal, III im Pfarrhaus.

Von Donnerstag ab jeden Abend 8 Uhr in der Kirche Vortrag von Pastor D. Gerhard Füllkrug aus Berlin, außerdem werden von Freitag ab nachm. 4 Uhr im Gemeindefaal von demselben jeden Nachm. Bibelfunden gehalten. Zu beiden Veranstaltungen werden die Gemeindeglieder herzlich eingeladen.

In Sprollenhäuser:

Sonntag, den 3. Februar. 9.45 Uhr Predigt anschließend Christenlehre, Stadtdiönar Stein.

Mittwoch den 6. Februar. 2 Uhr Frauennachmittag.

Katholischer Gottesdienst.

4. Sonntag nach dem Erscheinungsfest, den 3. Febr. 7.15 Frühmesse, 9 Uhr Kerzenweihe, Lichterprojektion und Amt, 5.45 Uhr Christenlehre und Andacht. Werktags: 7.15 Uhr hl. Messe.

Beichtgelegenheit: Samstag nachm. von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Werktags vor der hl. Messe. Kommunionausteilung: Vor und während jeder hl. Messe und des Amtes.

Stadt Wildbad.

Die Reichsverbilligungsscheine für Speisefette

für die Monate Februar und 1935 werden am Montag den 4. Februar 1935, von nachmittags 4—6 Uhr auf der Polizeiwache abgegeben.

Bürgermeisteramt.

Winterhilfswerk Wildbad.

Betr. Kohlenausgabe für Serie D.

Heute nachmittag von 1—4 Uhr werden auf dem Bahnhof Kohlen ausgegeben.



Liebe Mutter

Gestern sind wir von der Hochzeitsreise heimgekehrt. Jetzt bin ich Herrin über eine funkelneue Wohnung! Wie stolz ich bin! Und wie wir doch bei Trezger schnell unsere Möbel besorgen los waren. Ich hätte nicht gedacht, daß wir für dieses Geld so hübsche und gute Möbel bekämen.

Deine glückliche Tochter.

REFZGER-MÖBEL / Pforzheim
Schloßberg 19

Liederkranz Wildbad.

Wir bringen unseren Mitgliedern die traurige Kunde, daß unser lieber Ehrensänger

Fritz Krauß, Schmiedmeister

in ein besseres Jenseits abberufen wurde. Das Ableben dieses vorbildlichen und geschätzten Sangesbruders verfehlt den Verein in tiefe Trauer. Wir verehren in dem lieben Verstorbenen einen eifrigen Förderer unserer Bestrebungen, dem wir stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

Bekanntung: Montag nachmittag 2 Uhr.

Antreten 1.15 Uhr im Lokal „Alte Linde“.

Der Vereinsleiter.



Krieger- u. Militärverein
Wildbad

Unser lieber Kamerad
Fritz Krauß
Schmiedmeister

ist gestorben, wovon die Kameraden geziemend in Kenntnis gesetzt werden.
Beerdigung Montag nachmittag 2 Uhr.
Antreten pünktlich 7/8 2 Uhr vor der Polizeiwache.
Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.
Der Vorstand.

Visitkarten

Taablatt-Geschäftsstelle

Für schnellen Brand
und lange Glut,



Sind die „Union“-
Briketts sehr gut!

Kleinkaliber-Schützenabteilung.

Am Samstag den 2. Februar 1935, abends 8.30 Uhr, findet in der Rennbachbrauerei unsere diesjährige

Generalversammlung

statt. — Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Anträge sind bis spätestens Samstag, 2. Februar, abends 5 Uhr, beim Vorstand Fritz Klotz einzureichen.

